

Fortschrittsbericht Afghanistan

zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags

Zwischenbericht Juli 2011

Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
11044 Berlin

Stand

Juli 2011

Weitere Informationen im Internet unter

www.bundesregierung.de/afghanistan
www.auswaertiges-amt.de/afghanistan
www.bmvg.de/afghanistan
www.bmz.de/afghanistan
www.bmi.bund.de/afghanistan

Einleitung und Zusammenfassung

*Die Fortschrittsberichte der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan dienen der Unterrichtung des **Deutschen Bundestags**. Die in Afghanistan engagierten Ressorts – vor allem Auswärtiges Amt (AA), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – erstellen die Berichte gemeinsam unter Leitung des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Michael Steiner.*

*In ihrem ersten Fortschrittsbericht hatte die Bundesregierung im Dezember 2010 eine **Bestandsaufnahme und Kursbestimmung** des deutschen Engagements in Afghanistan vorgenommen. Die darin dargelegte Strategie und das Handeln der deutschen zivilen und militärischen Akteure hat seitdem, trotz schmerzhafter Angriffe und Opfer, zu durchaus positiven Entwicklungen in und Perspektiven für Afghanistan beigetragen.*

*Dieser kurze **Zwischenbericht** stellt die aktuelle Lage in Afghanistan dar und bietet einen Ausblick auf aktuelle Entwicklungen und anstehende Ereignisse. Er gliedert sich wiederum in die drei zentralen Aufgabengebiete des internationalen Engagements in Afghanistan, und zwar Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung.*

Im Dezember 2011 wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag erneut zur Lage in Afghanistan unterrichten.

Der internationale Einsatz in Afghanistan ist 2011 in eine neue Phase eingetreten. Mit dem Beginn der Transition im Juli 2011 wird die afghanische Regierung, wie gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft vereinbart, schrittweise die Sicherheitsverantwortung im ganzen Land selbst übernehmen. Dies dient dem von Präsident Karsai formulierten Ziel Afghanistans, bis Ende 2014 die volle Ausübung seiner Souveränität zu erreichen. Bis dahin soll die Internationale Sicherheits-Unterstützungstruppe ISAF ihren Auftrag weitgehend erfüllt haben, den Aufbau des afghanischen Staats mit abzusichern.

Die ISAF-Truppenstärke wird daher von 2011 bis 2014 schrittweise zurückgeführt. Ende 2014 soll es keine internationalen Kampftruppen¹ mehr in Afghanistan geben. Die Abzugsperspektive wird konkret. Die USA werden die 2009 eingeleitete Verstärkung (*surge*) ihrer Truppenstärke wie 2009 angekündigt² zurückführen und bis Sommer 2012 insgesamt 33.000 US-Soldaten aus Afghanistan abziehen. Dort verbleiben dann noch rund 68.000 US-Soldaten.³ Was die deutsche ISAF-Beteiligung angeht, so ist die Bundesregierung zuversichtlich, die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan ab Ende 2011 reduzieren zu können. Dabei wird sie jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

¹ Nach 2014 sollen in Afghanistan nur noch solche militärischen Kräfte zum Einsatz kommen, die in erster Linie der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte bzw. der Eigensicherung dienen. Der in der Debatte gebräuchliche Begriff der Kampftruppen bezieht sich insofern auf den Auftrag, nicht auf die Truppengattung.

² Ansprache von US-Präsident Obama in West Point vom 1.12.2009.

³ Fernsehansprache von US-Präsident Obama zu Afghanistan vom 22.06.2011.

Die internationale Gemeinschaft hat eine Strategie und einen Zeitplan für ihr Engagement in Afghanistan. Die Bundesregierung hat daran aktiv mitgewirkt. Deutschland leistet militärisch als drittgrößter Truppensteller, zivil als drittgrößter Geber und politisch in der NATO, der Europäischen Union, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und in der Internationalen Kontaktgruppe zu Afghanistan einen erheblichen und anerkannten Beitrag zur Stabilisierung des Landes und seiner Region. Die erfolgreiche Militäroperation gegen den Drahtzieher vom 11. September 2001, Osama bin Laden, in Pakistan hat das Terrornetzwerk Al Qaida weiter geschwächt. Das Ziel der nachhaltigen Sicherheitsvorsorge in der Region einschließlich der Sicherung und Verstetigung des bislang im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Erreichten bleibt aber bestehen. Im Lichte neuer Ereignisse muss laufend überprüft werden, welche Ressourcen bei der Umsetzung der Afghanistan-Strategie wie einzusetzen und welche Risiken dabei einzugehen sind. In diesem Sinne sind Strategie und Zeitplan weiterhin richtig, wenngleich Parameter justiert werden können.

Ein Kernelement dieser Strategie ist die zunehmende Bedeutung des Politischen. So sehr eine internationale Sicherheitspräsenz in Afghanistan vorerst noch erforderlich ist – am Ende wird nur eine politische Lösung die Grundkonflikte des Landes und der Region bewältigen können. Die seit 2009 verstärkten militärischen, zivilen und politischen Anstrengungen haben dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen. In Afghanistan wurde der politische Prozess 2010 mit einer Friedensversammlung und der Bestellung eines Hohen Friedensrats eingeleitet. Präsident Karsai erhielt das Mandat, Gespräche auch mit denen zu führen, die bisher einen bewaffneten Aufstand gegen seine Regierung, gegen die afghanische Bevölkerung und gegen die internationale Präsenz in Afghanistan führen. Die internationale Gemeinschaft unterstützt diesen Prozess. Jeder Verhandlungspartner muss am Ende aber drei „rote Linien“ einhalten: Gewaltverzicht, Absage an den internationalen Terrorismus und Anerkennung des afghanischen Verfassungsrahmens. Ein solcher Prozess des Ausgleichs bedarf zudem einer konstruktiven Unterstützung der Nachbarstaaten.

Eine Internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn wird den Blick in die Zukunft richten. Es geht dort nach dem gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen um die zivilen Aspekte der Transitionsphase bis 2014, das langfristige internationale Engagement ab 2015 sowie einen innerafghanischen und regionalen politischen Prozess des Ausgleichs und der Konfliktlösung. Die Bundesregierung wird diese Konferenz auf Wunsch des afghanischen Präsidenten am 5. Dezember 2011 ausrichten, zehn Jahre nach der ersten Afghanistan-Konferenz 2001 auf dem Petersberg bei Bonn. Den Vorsitz wird Afghanistan führen. Die afghanische Regierung und die Bundesregierung haben die rund 90 einzuladenen Staaten gemeinsam in einer weltweiten Demarchenaktion über Themen und Ziele der Konferenz informiert. Vorbereitet wird die Konferenz mit der afghanischen Regierung in der Internationalen Kontaktgruppe zu Afghanistan unter Leitung des Sonderbeauftragten der Bundesregierung, Botschafter Steiner.

Die **Internationale Kontaktgruppe (ICG)**, an der Vertreter von fast 50 Staaten und internationalen Organisationen, davon rund 15 islamische Länder, teilnehmen, dient dazu, den internationalen strategischen Konsens zu Afghanistan zu vertiefen. Bei ihrem jüngsten Treffen am 27. Juni 2011, das bewusst in Kabul stattfand, bekräftigte die ICG den internationalen Zeitplan, bestehend aus dem Transitionsprozess 2011 bis 2014, gefolgt von einem langfristigen Engagement der internationalen Gemeinschaft. Zu beidem werden auf der Konferenz in Bonn präzisere Festlegungen getroffen. Dabei wird auch dem regionalen Umfeld Afghanistans große Bedeutung zukommen – sowohl für die Absiche-

rung eines innerafghanischen Versöhnungsprozesses, als auch für die ökonomische Entwicklung Afghanistans in seiner Region. Die Nachbarn Afghanistans sind in der Kontaktgruppe vertreten. Die ICG betonte erneut die Bedeutung eines afghanisch geführten politischen Versöhnungsprozesses. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass eine politische Lösung alle gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen einschließen muss, um dauerhaft zu sein, waren sich afghanische Regierung und ICG einig, diesen Prozess inklusiv zu gestalten. Dementsprechend wird die afghanische Regierung in Bonn mit einer inklusiven Delegation vertreten sein.

Afghanistan wird auch nach 2014 internationale und deutsche Unterstützung brauchen. Dies wird zunehmend eine langfristige entwicklungspolitische Aufgabe sein, auch wenn sicherheitspolitische Aspekte weiter eine Rolle spielen werden. Entsprechend plant die Bundesregierung ab 2012 ihre regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) in Afghanistan anzupassen und unter ausschließlich zivile Leitung zu stellen, um die Schwerpunktverlagerung von militärischen auf zivile Aufgaben zu verdeutlichen.

I. Sicherheit

Unser Bild von Afghanistan wurde im vergangenen Halbjahr erneut durch schreckliche Nachrichten und Bilder von Anschlägen geprägt, bei denen wiederholt Soldaten der Bundeswehr fielen oder verwundet wurden. Auch ein deutscher Ingenieur kam zu Tode. So bleibt es eine Herausforderung, in Afghanistan ein sicheres Umfeld auch für zivile Stellen des afghanischen Staates sowie für das Personal der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten. In den Hintergrund gerät angesichts dieser Nachrichten, dass der gemeinsame Einsatz von ISAF, die mit 134.000 Soldaten ihre maximale Stärke erreicht hat, und rund 297.000 afghanischen Sicherheitskräften den Vormarsch der Aufstandsbewegung weitgehend stoppen und in weiten Teilen des Landes die Initiative zurückgewinnen konnte. Die Insurgenz sucht diesen Verlust an militärischer Handlungsfähigkeit durch die Wirkung spektakulärer Terroranschläge auszugleichen. In der öffentlichen Wahrnehmung mag ihr das gelingen, im tatsächlichen Lagebild nicht. Die vereinbarte Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 und die schrittweise Reduzierung der internationalen ISAF-Truppe stehen daher nicht in Frage.

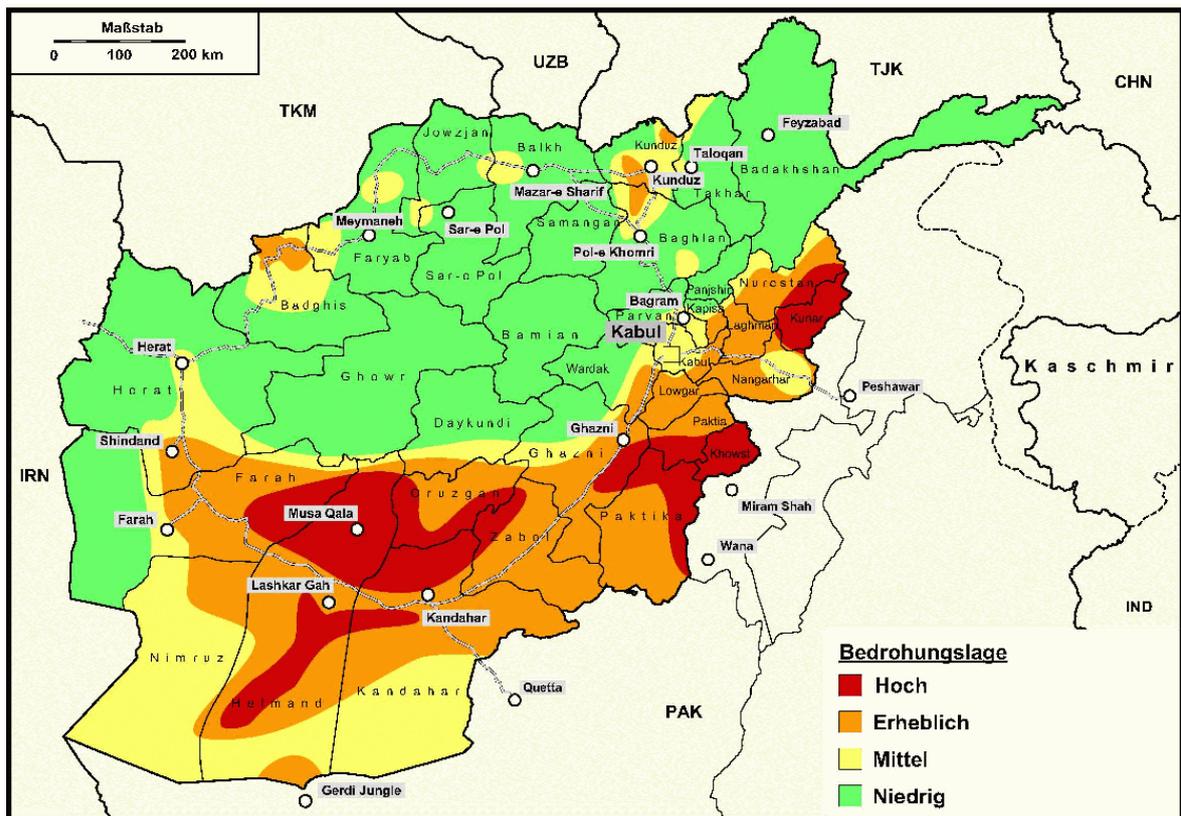
Sicherheit bleibt grundlegende Voraussetzung für Stabilität, Aufbau und Entwicklung.

Die in Afghanistan bisher erreichten Fortschritte im Bereich der Sicherheit müssen erhalten und ausgebaut werden, und zwar zunehmend in afghanischer Verantwortung. Sie müssen aber auch mit vergleichbaren Fortschritten in den Bereichen der Regierungsführung sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung untermauert werden. Der Schlüssel zum Erfolg bleibt weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung auf der Grundlage leistungsfähiger afghanischer Sicherheitskräfte und einer funktionierenden Verwaltung. Immer deutlicher wird in diesem Jahr 2011 zudem, dass der notwendige Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen allein nicht ausreicht. Er muss ergänzt werden durch den 2010 eingeleiteten politischen Prozess von Ausgleich, Versöhnung und Reintegration, der an der Wurzel der Konflikte ansetzt. Dieser Prozess soll dem bewaffneten Aufstand im Rahmen der afghanischen Verfassung eine politische Perspektive bieten, wenn dieser sich von Gewalt und Terror löst. Ein auf Dauer tragfähiges Fundament für die Entwicklung eines stabilen und friedlichen Afghanistans erfordert beides, funktionierende staatliche Strukturen und einen gesellschaftlichen Konsens.

Insgesamt bestätigen sich die Zeichen einer beginnenden Stabilisierung des Landes. Ob die bisherigen Erfolge nachhaltig sind und damit eine Trendwende einleiten, wird sich jedoch erst im Verlauf dieses Sommers beurteilen lassen. Über das Winterhalbjahr behielten die afghanischen Sicherheitskräfte und die internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) landesweit militärisch die Initiative. Intensive Operationen der afghanischen Sicherheitskräfte (Afghan National Security Forces, ANSF) und der *International Security Assistance Force* (ISAF) haben die Insurgenten aus größeren Gebieten insbesondere in den südlichen Provinzen Helmand und Kandahar verdrängt.⁴ Dieser Hintergrund erklärt, warum in diesem Winter **kein saisonales Abflauen der Kampfhandlungen** zu beobachten war. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der sicherheitsrelevanten

⁴ Die regionalen Schwerpunkte der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle (SRZ) liegen weiterhin in den Regionalkommandos Südwest (40 %), Ost (34 %) und Süd (18 %). In den übrigen Regionalkommandos Nord (4,5 %), West (3,5 %), und Kabul (0,5 %) ist die Zahl dieser Ereignisse im Landesvergleich unverändert gering.

ten Zwischenfälle von Januar bis Mai 2011 daher um etwa ein Viertel gestiegen.⁵ Die Zahl der gefallenen ISAF-Soldaten ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht gesunken; die afghanischen Sicherheitskräfte hatten jedoch etwas mehr Gefallene und Verwundete zu beklagen.⁶ Ursächlich hierfür waren neben dem sehr hohen Operationstempo afghanischer und internationaler Sicherheitskräfte auch die **veränderte Taktik** der Aufstandsbe-
 wegung. Durch gezielte Mordanschläge auf afghanisches Führungspersonal, das Legen von Hinterhalten und Sprengfallen, die Instrumentalisierung von Großkundgebungen sowie durch Übergriffe und Anschläge auf Einrichtungen der internationalen Gemeinschaft sucht die Insurgenz bei der Bevölkerung ein Gefühl der Verunsicherung zu erzeugen.



Anschläge und Hinterhalte der Insurgenz haben die **Zahl der zivilen Opfer** erhöht. Inzwischen gehen rund 85% der Opfer auf Angriffe der Aufständischen zurück.⁷

Mit bis zu 5.000 Soldaten ist **Deutschland unverändert drittgrößter Truppensteller** der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe ISAF. Dem von Deutschland gestellten Kommandeur des Regionalkommandos Nord in Masar-e Sharif unterstehen insgesamt über 10.000 ISAF-Soldaten, darunter ein leistungsfähiges US-Kontingent. Dies ist ein eindrucksvoller Beleg transatlantischer Partnerschaft und gegenseitiger Verantwortung. Zudem führt Deutschland die Provinz-Wiederaufbauteams (*Provincial Reconstruction Teams, PRTs*) in Kundus und Faisabad sowie ein *Provincial Advisory Team (PAT)* in

⁵ Sicherheitsrelevante Zwischenfälle (SRZ): 01-05/2010: 8.380 SRZ; 01-05/2011: 10.417 SRZ.

⁶ Gefallene 01-05/2010: 179 ISAF und 399 ANSF; 01-05/2011: 174 ISAF und 466 ANSF.

⁷ UNAMA registrierte im Mai 2011 insgesamt 368 zivile Todesopfer des bewaffneten Konflikts; für 301 sei die Insurgenz und für 45 ISAF und Regierungskräfte verantwortlich (UNAMA Pressemitteilung vom 11.06.2011).

Taloqan. Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland seit März 2011 mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten an der NATO-Mission zur Überwachung des afghanischen Luftraums (AWACS).

Die Zahl der **sicherheitsrelevanten Zwischenfälle** im Regionalkommando Nord ist von Januar bis April 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum trotz einer intensiveren Operationsführung und stärkerer afghanischer Sicherheitskräfte nur um rund ein Siebtel gestiegen und liegt damit unterhalb des Landesdurchschnitts.⁸

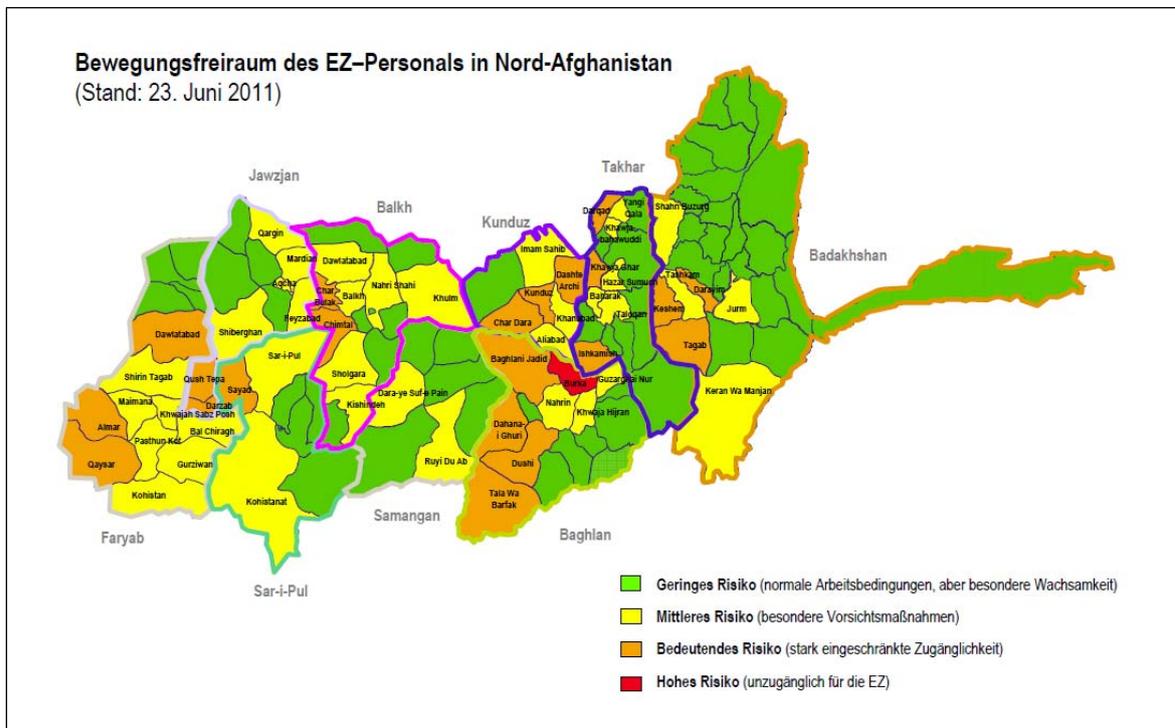
Die intensive gemeinsame **Operationsführung** des Regionalkommandos Nord mit den afghanischen Partnern hat den Verfolgungsdruck gesteigert und die Insurgenz teilweise aus Hochburgen wie Chahar Dareh in der Provinz Kundus verdrängt. Eine positive Folge daraus ist, dass immer mehr Kämpfer aufgeben und sich an staatliche Programme zur Wiedereingliederung wenden.

Die bewaffnete Aufstandsbewegung reagierte darauf mit **spektakulären Anschlägen** gegen Einrichtungen und Vertreter des afghanischen Staats, unter bewusster Inkaufnahme ziviler Opfer. Im Januar 2011 wurde Kabul von mehreren Selbstmordanschlägen erschüttert. Am 1. April 2011 wurde das UNAMA-Büro in Masar-e Sharif von Gewalttätern aus einer Demonstration heraus erstürmt; sieben Mitarbeiter der Vereinten Nationen wurden getötet. Bei mehreren Selbstmordanschlägen in Kundus kamen der Polizeichef, weitere hohe Provinzvertreter und viele afghanische Zivilisten ums Leben. Bei einem Sprengstoffanschlag in Taloqan am 28. Mai 2011 wurde der afghanische Polizeikommandeur für die gesamte Nordregion, General Daud, ermordet. Diesem Anschlag fielen auch zwei Soldaten der Bundeswehr sowie der Polizeichef der Provinz Takhar zum Opfer. Mehrere Deutsche und Afghanen wurden verwundet, darunter der Kommandeur des Regionalkommandos Nord, Generalmajor Kneip. Am 25. Juni 2011 detonierte ein Sprengsatz vor einem zivilen Krankenhaus in Logar und tötete zahlreiche Frauen und Kinder. Am 28. Juni 2011 war das Hotel Intercontinental in Kabul Ziel eines Anschlags; die afghanischen Sicherheitskräfte verhinderten jedoch, dass die Täter bis zur dort stattfindenden Konferenz der Provinzgouverneure vordringen konnten. Diese Gewalttaten sollen offenbar das Vertrauen der Bevölkerung in die afghanischen Institutionen sowie in ISAF untergraben und die Etablierung funktionsfähiger staatlicher afghanischer Strukturen in den Kernräumen und Rückzugsgebieten der Insurgenz verhindern.

Außerdem ist erkennbar, dass die Insurgenten weniger zu zusammenhängenden Operationen in der Lage sind als noch vor einem Jahr, und auf spektakuläre Einzelaktionen ausweichen müssen. Diese **Anschläge sind keineswegs Ausdruck der Stärke**, sondern eine Reaktion auf den unverändert hohen militärischen Druck, dem die Insurgenz durch ISAF und ANSF ausgesetzt ist. So betrachtet, ist die angekündigte "Frühjahrsoffensive" der Taliban bislang ein Fehlschlag, da letztlich keiner der durch die Regierung gewonnenen Distrikte zurückerobert werden konnte. Die zivile Entwicklungszusammenarbeit ist allerdings auf ein sicheres Umfeld angewiesen, das über die Schwächung der Insurgenz in ihrer Operationsführung deutlich hinausgeht. Daher bleiben landesweit viele Distrikte – einige auch in Nord-Afghanistan – für das zivile Personal der internationalen Entwicklungszusammenarbeit schwer zugänglich; Vorhaben können hier nicht oder nur unter erheblich erschwerten Bedingungen umgesetzt werden. Ein deutlicher Rückgang der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle in 2011 ist unwahrscheinlich, da weiterhin ein hohes Operationstempo durch ANSF und ISAF angestrebt wird und die Insurgenz weiterhin über

⁸ Sicherheitsrelevante Zwischenfälle (SRZ): 01-05/2010: 407 SRZ; 01-05/2011: 466 SRZ.

erhebliche Fähigkeiten und Ressourcen verfügt. Erst im Laufe des Sommers wird erkennbar sein, ob sich die bisher temporäre und lokale Verbesserung der Sicherheitslage insbesondere in den Provinzen Kunduz und Baghlan-e Jadid tatsächlich verstetigt hat.



Die **Neuausrichtung des Deutschen Einsatzkontingents ISAF** auf die Entwicklung der Lage im Norden Afghanistans steht im Einklang mit der neuen Ausrichtung der ISAF. Ziel war es, die Initiative im Norden zurückzugewinnen und die Voraussetzungen für eine sukzessive Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Sicherheitskräfte zu schaffen. Dies ist, insbesondere durch das notwendige enge Zusammenwirken der internationalen Truppen mit den afghanischen Sicherheitskräften, mit nicht unerheblichen Risiken auch für deutsche ISAF Soldatinnen und Soldaten verbunden.

Der **Aufwuchs der afghanischen Streitkräfte** (Afghan National Army, ANA) verläuft planmäßig. Die 2010 vereinbarte Sollstärke von 171.600 wurde bereits überschritten. Um die Nachhaltigkeit dieses Aufwuchses sicherzustellen, müssen die geschaffenen Strukturen dauerhaft finanzierbar sein, ohne zivile Aufgaben zu verdrängen. Eine weitere Herausforderung liegt darin, die afghanischen Kräfte langfristig zu binden, adäquat auszubilden und anzuleiten. Sie müssen eigenständig Operationen planen und durchführen können, um die Rolle von ISAF auf Unterstützungsaufgaben verringern zu können. Im Verantwortungsbereich des Regionalkommandos Nord ist das 209. ANA-Korps in der ersten Jahreshälfte 2011 durch die Aufstellung zweier neuer Kandaks (Bataillone) unter deutschem Mentoring zu inzwischen drei Viertel der Zielstruktur angewachsen. Der fortlaufende Aufwuchs der ANA erfordert daher auch 2011 und 2012 die Bereitstellung zusätzlicher *Operational Mentor and Liaison Teams* (OMLT), von Unterstützungsfähigkeiten und Ausbildern zur Ausbildung und Begleitung dieser Kräfte. Neben der Beteiligung am *Helicopter Maintenance Trust Fund* zur Verbesserung der Ausbildung von Hubschrauberbesatzungen wird sich Deutschland auch im Jahr 2012 am *ANA Trust Fund* beteiligen, der Finanzmittel der internationalen Partner für die Ausrüstung und Ausbil-

derung der ANA bündelt. Im Vordergrund steht nun die qualitative Stärkung der ANSF. Die NATO-Ausbildungsmission *NATO Training Mission Afghanistan* (NTM-A) hat daher den Schwerpunkt auf die fachliche Aus- und Fortbildung verlegt, besonders auf die Ausbildung des Führungsnachwuchses und des logistischen Fachpersonals.

Am **Aufbau des afghanischen Polizeiwesens** beteiligt sich Deutschland mit bis zu 200 Polizisten des Bundes und der Länder im Rahmen des bilateralen Engagements und mit bis zu 60 Polizisten und zivilen Experten bei der EU-Mission EUPOL Afghanistan. Ziel ist der Aufbau selbsttragender afghanischer Polizeistrukturen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Land hinreichend gewährleisten können. Die aktuelle Stärke beträgt rund 126.000 Polizisten. Die gegenwärtige Zielgröße von 134.000 Polizisten bis Oktober 2011 wird nach derzeitiger Einschätzung planmäßig erreicht. Deutschland hat durch seinen Einsatz im ersten Halbjahr 2011 weitere rund 2.500 afghanische Polizisten aus- und fortgebildet. Die Ausbildungskapazität wird sich mit dem Ausbau der vier deutschen Polizeitrainingszentren von derzeit rund 760 auf rund 1.600 Ausbildungsplätze mehr als verdoppeln. Im Februar 2011 wurde das Polizeitrainingszentrum in Kabul in Betrieb genommen. Bis Ende des Jahres sollen hier rund 400 afghanische Polizisten zu Trainern fortgebildet und anschließend in den Polizeitrainingszentren eingesetzt werden. Im Rahmen des *Focused District Development* (FDD) wurden bisher rund 1.500 afghanische Polizisten aus 20 Distrikten im Norden Afghanistans in den Provinzen Balkh und Badakhschan qualifiziert. Im Juni 2011 wurde das Programm in den ersten Distrikten abgeschlossen. Bislang haben über 4.000 Polizisten am Alphabetisierungsprogramm in der Nordregion teilgenommen. Ferner wurden 600 Polizisten in den Grundsätzen einer bürgernahen Polizeiarbeit fortgebildet und über 4.000 Vertreter der lokalen Bevölkerung über Rechte und Pflichten der Polizei unterrichtet.⁹

Die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft haben sich auf eine schrittweise **Übergabe der Sicherheitsverantwortung** (Transition; auf Dari: *Inteqal*) an die afghanischen Behörden bis 2014 geeinigt. Zur Vorbereitung des Transitionsprozesses wurde nach der Kabuler Konferenz 2010 das *Joint Afghan-NATO Inteqal Board* (JANIB) geschaffen, das unter gemeinsamer Leitung der afghanischen Regierung, von ISAF sowie des Hohen Zivilen Repräsentanten der NATO die Entscheidungen über Beginn, Verlauf und Abschluss der Transition treffen soll. Inzwischen wurde eine erste Bewertung der 34 Provinzen des Landes vorgenommen, deren Ergebnis Präsident Karzai am 22. März 2011 verkündete. In der ersten Phase werden sieben Gebiete einbezogen, darunter die Stadt Masar-e-Sharif aus dem deutsch geführten Regionalkommando Nord. Teil des Transitionskonzeptes ist auch die schrittweise Umwandlung der PRTs hin zu rein zivil geführten Institutionen und ihre Auflösung nach Abschluss der Transition.

⁹ Daten aus dem ressortübergreifenden Tracking-System Afghanistan.

II. Staatswesen und Regierungsführung

Nach einer Aufbauphase von fast zehn Jahren ist Afghanistan auf dem Weg zur vollen Ausübung seiner staatlichen Souveränität. Dieses Ziel soll Ende 2014 erreicht werden. Die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung beginnt im Juli 2011; die verbleibende Zeit muss so genutzt werden, dass der Aufbau- und Reformprozess mit den neuen Aufgaben Schritt halten kann. In vielen Fragen werden Ergebnisse erst nach einiger Zeit zu sehen sein. Entscheidend ist dabei afghanische Initiative und Eigenverantwortung, erforderlich ist aber auch die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu einem langfristigen Engagement in Afghanistan über den Zeithorizont der militärischen ISAF-Beteiligung hinaus. Dies ist ein Thema der Internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn. Ein weiteres ist der beginnende politische Prozess, der die Konflikte in Afghanistan durch Ausgleich und Integration, aber auch durch Ächtung von Terror und Gewalt und im Rahmen der in der Verfassung verankerten Grundrechte angehen soll. Dies erfordert auch die Einbindung und Unterstützung der Nachbarstaaten und der Region.

Die im Fortschrittsbericht vom Dezember 2010 aufgeführten Herausforderungen und **Defizite bei Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung** bestehen weiterhin. In vielen Bereichen gibt es nur geringen Fortschritt zu verzeichnen. Die bei der Kabul-Konferenz 2010 vereinbarten Reformen (Kabul-Prozess) kommen insgesamt nur langsam voran.

Die internationale Gemeinschaft fordert die Einlösung der Reformzusagen beständig ein. Sie hat aber auch erkennen müssen, dass der Aufbau einer rechtsstaatlichen und demokratischen Staatskultur mehr Zeit braucht als der bloße Aufbau staatlicher Institutionen. Solange die afghanische Regierung den eingeschlagenen Weg nicht verlässt – und das tut sie nach Einschätzung der Bundesregierung nicht – ist strategische Geduld und die erklärte Bereitschaft zu einer langfristigen sicherheits- und entwicklungspolitischen Partnerschaft gefragt – über den Einsatz der internationalen ISAF-Truppe hinaus.

Dies erfordert auch zunehmende afghanische Eigenverantwortung und Eigenleistung, nicht nur auf dem Gebiet der Sicherheitskräfte. Die Ausübung der Regierungsgewalt in Kabul und den Provinzen erfordert qualifiziertes und staatsloyales Führungspersonal auf allen Ebenen, sonst greift die Übergabe der Verantwortung ins Leere. Allerdings wird regionale, politische und ethnische Ausgewogenheit immer eine wichtige Rolle bei der Ernennung von Spitzenbeamten spielen; für den Zusammenhalt dieses komplexen Landes ist dies traditionell nötig.

Der Aufbau einer afghanischen Verwaltung ist eine vordringliche Aufgabe, an der auch die Bundesregierung aktiv mitwirkt. Ein Beispiel dafür ist die Begründung eines Netzwerks von Verwaltungsakademien in Afghanistan. Ziel dieses im Mai 2011 begonnenen Projektes ist es, mit einem Netzwerk verschiedener Universitäten in Afghanistan und Deutschland eine strukturierte Ausbildung in Verwaltungswissenschaften aufzubauen.

Der 2010 eingeleitete politische Prozess scheint langsam Fahrt aufzunehmen. Eine Lösung des Konflikts kann letztlich nur politisch gelingen, dies aber nicht um jeden Preis. Es wird deshalb sehr darauf ankommen, *alle* ethnischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen Afghanistans in einem inklusiven Prozess zu beteiligen, dessen Ergebnis die grundsätzlichen Fortschritte nicht in Frage stellen darf. Die Nachbarstaaten müssen eine innerafghanische Lösung mittragen und garantieren. Nur so kann sie halten. Die

Regierung Karsai und Mitglieder des Hohen Friedensrats führen dazu bereits erste Sondierungsgespräche. US-Außenministerin Clinton erklärte im Februar 2011 bei einer Rede vor der Asia Society die grundsätzliche Bereitschaft der USA zur Beteiligung an einem Versöhnungsprozess. Der Tod von Osama bin Laden in Pakistan im Mai 2011 könnte insbesondere für die national ausgerichteten Taliban eine Gelegenheit sein, sich vom internationalen Terrornetzwerk Al Qaida zu distanzieren. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat im Juni 2011 die Aufteilung des bisherigen Al Qaida-Taliban-Sanktionsausschusses nach Resolution 1267 in ein Al Qaida- und ein Afghanistan/Taliban-Regime einstimmig beschlossen. Diese unter deutschen Vorsitz des Sanktionsausschusses erwirkte Neuregelung ermöglicht künftig eine differenzierte Betrachtung. Bei allem vorsichtigen Optimismus: Eine von der afghanischen Gesellschaft mitgetragene politische Lösung wird Jahre benötigen. Ein Durchbruch steht nicht unmittelbar bevor. Aber erste Schritte auf diesem Weg sind getan.

Ergänzend stellt das **afghanische Friedens- und Reintegrationsprogramm** (Afghan Peace and Reintegration Programme – APRP) eine Möglichkeit zur Wiedereingliederung von regierungsfeindlichen Kämpfern in die afghanische Gesellschaft dar. Es hat zum Ziel, ehemalige Aufständische nachhaltig in die sozialen Strukturen ihres Lebensumfeldes zu reintegrieren. Das ambitionierte und international geförderte Programm ist nach der Kabul-Konferenz im Juli 2010 aufgestellt worden. Bereits jetzt stellt der Norden Afghanistans mit über der Hälfte des Aufkommens an Reintegrationswilligen einen Schwerpunkt des Programms dar. Bisher haben sich 1.700 Kämpfer in das Programm aufnehmen lassen; die Bewerberzahlen steigen täglich. Deutschland stellt seit 2010 insgesamt €50 Mio. über fünf Jahre verteilt für den Reintegrationsfonds zur Verfügung. Der Fonds wird von einem Gremium aus Gebern und afghanischen Regierungsvertretern gesteuert, das Entscheidungen über Auszahlungen trifft. Dies ist nach anfänglichen Schwierigkeiten nun mit ersten Auszahlungen angelaufen. Bei einer hochrangig besetzten APRP-Konferenz in Kabul wurden im Mai 2011 Schritte zur Schaffung konkreter Projekte und beschleunigten Umsetzung der Finanzierungsmechanismen beschlossen.

Wirksame **Korruptionsbekämpfung** bleibt eine zentrale Voraussetzung für eine schrittweise Übertragung von Verantwortung und die zunehmende Umsetzung von Projekten durch afghanische Stellen. Das Thema wird im Hinblick auf die Transitionsphase weiter an Bedeutung gewinnen. Die afghanische Regierung hat die Korruptionsbekämpfung zu einer Kernverpflichtung erklärt. Die Anpassung afghanischer Gesetze an die VN-Konvention zur Korruptionsbekämpfung, die Verabschiedung eines modernen Audit-Gesetzes, die Fertigstellung strafrechtlicher und strafprozessrechtlicher Neuregelungen und die Stärkung der Strafverfolgungsbehörden (*Major Crimes Task Force*) sind Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Solchen Bemühungen stehen jedoch regelmäßig Rückschläge gegenüber. Die Eindämmung der Korruption wird nur in langen Zeiträumen gelingen und setzt den ernsthaften Willen der afghanischen Regierung dazu voraus.

Das ungelöste **Problem der Kabul-Bank** illustriert wie kein anderes die endemische Natur und die enormen politischen wie volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Korruption in Afghanistan. Die afghanische Regierung hat bislang die Gelegenheit versäumt, diesen öffentlichkeitswirksamen Fall von Korruption exemplarisch aufzuarbeiten. Wichtige Akteure der afghanischen politischen Klasse und Wirtschaftselite sind in die Krise verwickelt; die Verschleppung einer Lösung und Verhinderung strafrechtlicher Aufarbeitung hat daher zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust der afghanischen Regierung

geführt. In Folge der Krise konnte das im September 2010 ausgelaufene IWF-Programm noch nicht durch ein neues ersetzt werden. Unter anderem die vom IWF geforderte Refinanzierung der Zentralbank für die Verluste der Kabul-Bank über eigene afghanische Einnahmen dürfte eine Lösung und den Abschluss eines IWF-Programms mindestens bis in den Spätsommer 2011 verzögern.

Das afghanische **Parlament** fordert zunehmend seinen Anspruch auf Rechenschaft der Regierung ein und behauptet sich als selbstbewusste Institution. Ein aktuelles Beispiel ist die Entscheidung des afghanischen Parlaments, seine Sommerpause im Juni 2011 um zunächst zwei Wochen zu verschieben. Hiermit versucht es einerseits, sein Recht zur Zustimmung der von Präsident Karsai zu unterbreitenden Personalvorschläge für hohe Ämter wahrzunehmen. Andererseits entzog das von Präsident Karsai eingerichtete Sondergericht zu den Parlamentswahlen im Juni insgesamt 62 von 249 Abgeordneten wegen Wahlbetrugs das Mandat. Dieser noch ungelöste Konflikt könnte die Verfassungsorgane des afghanischen Staats erneut vor eine Bewährungsprobe stellen.

Die **Menschenrechtslage** in Afghanistan hat sich in den vergangenen sechs Monaten nicht wesentlich verändert. Die Lage der Frauen in der konservativ-islamischen afghanischen Gesellschaft bleibt schwierig, ist aber weit besser als vor 2001. Die größte Bedrohung für die Menschenrechtslage der Bevölkerung geht weiterhin von der bewaffneten Aufstandsbewegung aus. Ende Januar 2011 wurde ein Aktionsplan gegen den Einsatz von Kindern in den afghanischen Sicherheitskräften abgeschlossen. Der Plan sieht konkrete Maßnahmen vor, die die Rekrutierung von Minderjährigen unterbinden sollen. Internationale Aufmerksamkeit und politische Intervention der Bundesregierung hat die Verhaftung von zum Christentum konvertierten Afghanen hervorgerufen. Die Abwendung vom Islam und die Annahme einer anderen Religion kann in Afghanistan weiterhin mit der Todesstrafe geahndet werden. In beiden Fällen konnte eine Verurteilung vermieden werden.

Bei der **Drogenbekämpfung** in Afghanistan konnte in den vergangenen sechs Monaten kein nachhaltiger Fortschritt verzeichnet werden. Für 2011 erwartet die Drogenkontrollbehörde der Vereinten Nationen (UNODC) – trotz Preissteigerungen für Rohopium von bis zu 300 Prozent – immerhin einen leichten Rückgang der Anbauflächen. Dennoch bleibt Afghanistan weiter der weltweit größte Produzent und Exporteur von Opium, Heroin und Cannabis. Die grassierende Korruption, die schwierige Sicherheitssituation sowie fehlende staatliche Strukturen verhinderten weiter umfassende Erfolge bei der Bekämpfung der Drogenwirtschaft. Zunehmend sieht sich Afghanistan auch mit dem Problem eines steigenden Drogenkonsums im eigenen Land konfrontiert. Die Bundesregierung unterstützt auch weiterhin die Drogenbekämpfungsmaßnahmen der afghanischen Regierung und der internationalen Partner durch gegenseitigen Informationsaustausch, Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, logistische Unterstützung und Unterstützung afghanischer Anti-Drogenoperationen.

III. Wiederaufbau und Entwicklung

Die wirtschaftliche und soziale Transformation eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt hin zu einem zumindest im regionalen Vergleich zufriedenstellenden Entwicklungsstand ist eine Generationenaufgabe. Allein der Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur für Transport, Energie, Trinkwasser und Bewässerung ist eine enorme Herausforderung, zumal unter einer immer noch schwierigen Sicherheitslage. Die junge und schnell wachsende Bevölkerung braucht Perspektiven für einen akzeptablen Lebensstandard. Das erfordert Ernährungssicherheit, Bildungsangebote, Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und medizinische Versorgung. Der noch im Wiederaufbau begriffene afghanische Staat ist mit dieser gewaltigen Aufgabe ohne internationale Unterstützung überfordert. Noch fehlen Verwaltungs- und Umsetzungskapazitäten und ausreichende Staatseinnahmen, um die nötigen öffentlichen Investitionen und Leistungen selbst zu finanzieren.

Weitere Herausforderungen stellen sich durch die mangelnde Rechtssicherheit, den enormen Verlust an Fachkräften während der Kriegsjahre, die Übernutzung natürlicher Ressourcen, die Binnenlage Afghanistans und die verbreitete Prägung durch Kriegserfahrungen und Flucht. **Die bisherigen Entwicklungserfolge sind jedoch beachtlich.** In vielen Bereichen hat Afghanistan einen bislang nicht gekannten Entwicklungsstand erreicht. Gerade im Bildungs- und Gesundheitssektor gibt es bemerkenswerte Fortschritte. Die Armut, vor allem auf dem Land, ist allerdings weiterhin groß. Steigende Lebensmittelpreise können einen Großteil der afghanischen Bevölkerung zusätzlich unter die Armutsgrenze fallen lassen.

Deutschland hat mit derzeit jährlich rund €430 Mio. für die zivile Unterstützung einen erheblichen Anteil an den bislang erreichten Fortschritten. Die nachhaltige Stabilisierung Afghanistans und ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum werden aber neben einer verbesserten Sicherheitslage und einer entwicklungsorientierten afghanischen Regierung nicht nur einen langen Atem bei der Entwicklungszusammenarbeit erfordern, sondern auch die weitere Erschließung eigener afghanischer Einkommensquellen. Die Nutzbarmachung der vorhandenen Bodenschätze für den afghanischen Staat könnte dazu beitragen.

Nach einem realen **Wirtschaftswachstum** von über 20% (2009/10) wuchs die afghanische Wirtschaft im Jahr 2010/11 preisbereinigt um 8,2%.¹⁰ Das afghanische Bruttoinlandsprodukt stieg damit auf US\$15,6 Mrd., das durchschnittliche **pro-Kopf-Einkommen** auf geschätzte US\$517.¹¹ Nach einem Rückgang der Konsumentenpreise 2009/10 um rd. 12% stieg die Inflation 2010/11 wieder auf rd. 8% an. Für 2011/12 werden ein reales Wirtschaftswachstum von knapp 8% und eine Inflation von knapp 10% prognostiziert.¹²

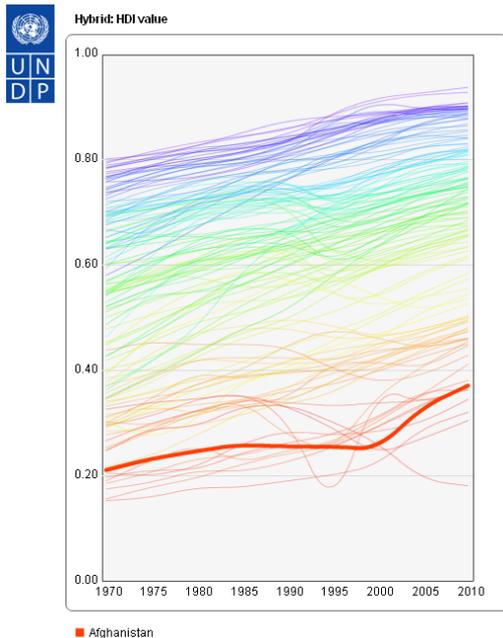
Im **Index der menschlichen Entwicklung** der Vereinten Nationen (*Human Development Index/HDI*), der Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen berücksichtigt, hat sich Afghanistan seit 2001 deutlich verbessert (siehe Grafik).¹³ Afghanistan liegt derzeit auf Platz 155 von insgesamt 169 untersuchten Ländern.

¹⁰ IWF World Economic Outlook Database, April 2011.

¹¹ IWF World Economic Outlook Database, April 2011.

¹² IWF World Economic Outlook Database, April 2011.

¹³ Quelle: <http://hdr.undp.org/en/data/trends/>.



Im Haushaltsjahr 2010/11 konnte Afghanistan seine **Staatseinnahmen** erneut erheblich steigern, von US\$1,22 Mrd.¹⁴ (2009/10) auf nunmehr US\$ 1,65 Mrd.¹⁵ Damit setzte sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Im Durchschnitt stiegen die staatlichen Einnahmen (ohne Geberzuschüsse) in den letzten drei Jahren um jeweils 20%. Die **laufenden Kosten** des afghanischen Staates stiegen jedoch deutlich schneller, um durchschnittlich 27% pro Jahr, insbesondere wegen der schnell wachsenden Ausgaben für die Sicherheitskräfte.¹⁶ Hier wird darauf zu achten sein, dass zivile Ausgaben (Bezüge ziviler Staatsbediensteter, Betriebskosten öffentlicher Einrichtungen usw.) nicht durch Ausgaben im Sicherheitssektor verdrängt werden.

Die aufgrund der Krise der Kabul Bank weiter ausstehende Erneuerung des Unterstützungsabkommens zwischen IWF und afghanischer Regierung im Rahmen der sogenannten *Extended Credit Facility* (ECF) schafft zusätzliche Risiken für den afghanischen Staatshaushalt, da verschiedene Geber ihre Unterstützung über den afghanischen Haushalt von einem bestehenden ECF-Abkommen abhängig machen.

Ein Großteil der **Geberunterstützung** wird allerdings weiterhin außerhalb des afghanischen Staatshaushalts umgesetzt. Mit Geberzuschüssen verfügte das afghanische Finanzministerium im Haushaltsjahr 2010/11 über insgesamt US\$3,42 Mrd. Außerhalb des afghanischen Staatshaushalts gab die internationale Gemeinschaft geschätzte US\$13,6 Mrd. aus, davon einen Großteil für den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte.¹⁷ Der afghanische Staat kontrolliert damit weiter nur einen Bruchteil der öffentlichen Gelder in Afghanistan. Allein die USA haben seit 2002 rund US\$ 18,8 Mrd. an ziviler Unterstützung für Afghanistan geleistet; das US Department of State einschließlich USAID hat dafür derzeit etwa US\$320 Mio. im Monat zur Verfügung. Der US-Senat hat in einer im Juni 2011 vorgestellten Studie allerdings die Wirksamkeit dieser Unterstützung kritisch hinterfragt. Darin genannte Mängel – etwa die Beauftragung gewinnorientierter privater Unternehmen mit der Durchführung staatlicher EZ und die Umsetzung von Entwicklungsprojekten in besonders unsicheren Gebieten – betreffen die deutsche Unterstützung jedoch in der Regel nicht, weil die Bundesregierung über eigene Durchführungsorganisationen verfügt und die deutsch-afghanische EZ sich auf Gebiete konzentriert, deren Sicherheitslage eine nachhaltige Projektumsetzung zulässt.¹⁸

Die **Erschließung der afghanischen Rohstoffvorkommen** ist Kernbestandteil der Strategie der afghanischen Regierung hin zu größerer ökonomischer und finanzieller Unabhängig-

¹⁴ Afghanistan Reconstruction Trust Fund 1388 Annual Report, S. 14.

¹⁵ Weltbank-Präsentation "Issues and Challenges for Transition and Sustainable Growth in Afghanistan" vom 02.05.2011.

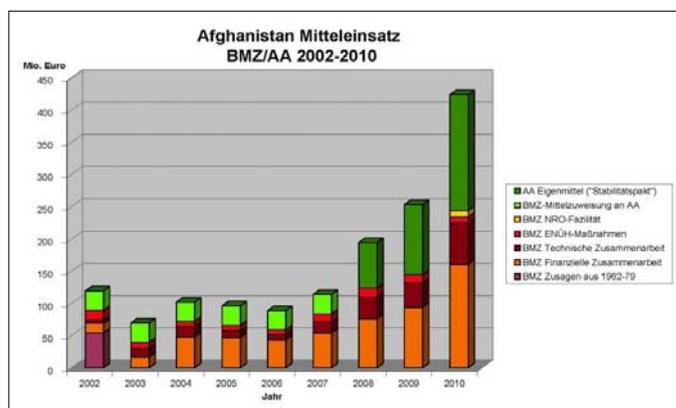
¹⁶ ebd.

¹⁷ ebd.

¹⁸ Evaluating U.S. Foreign Assistance to Afghanistan. Staff report, Foreign Relations Committee of the U.S. Senate. 8. Juni 2011, <http://www.gpoaccess.gov/congress/index.html>.

keit. Im Rahmen dieser Bemühungen hat die afghanische Regierung ambitionierte Pläne zum weiteren Ausbau der Transportinfrastruktur vorgelegt. Im Berichtszeitraum konnten durch die Vergabe von Lizenzen zum Goldabbau in Baghlan und zur Förderung von Erdöl in Angot (Sar-e-Pul) weitere konkrete Fortschritte erzielt werden. Derzeit läuft die Ausschreibung einer bedeutenden Eisenerzlagerstätte im zentralen Hochland Afghanistans (Hajigak). Mit der Erschließung von Hajigak und der 2007 an ein chinesisches Unternehmen vergebenen Kupfermine Aynak in der Provinz Logar werden zwischen US\$500 Mio. und US\$1,5 Mrd. Steuern und Konzessionsgebühren jährlich erwartet.¹⁹ Bergbauminister Shahrani führte im Juni 2011 in Berlin Gespräche mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden und unterzeichnete im BMZ eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Rohstoffbereich; eine Reise deutscher Unternehmen nach Afghanistan und Informationsveranstaltungen in Europa sind in Vorbereitung.

Das Volumen der jährlichen **deutschen Unterstützung** für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan wurde auf bis zu €430 Mio. jährlich nahezu verdoppelt. Dieser Umfang der Mittel ist zunächst bis 2013 vorgesehen.



Die sektoralen **Schwerpunkte** der deutschen Unterstützung für zivilen Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan liegen weiterhin in den Bereichen Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Energie- und Trinkwasserversorgung, Grund-, Berufs- und Hochschulbildung, Gesundheit, zivile Luftfahrt, Kultur, Polizeiaufbau sowie gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit.

Der regionale Schwerpunkt des deutschen Engagements liegt in **Nord-Afghanistan**, wo mehr als zwei Drittel des Gesamtvolumens eingesetzt werden.

Die Art und Höhe der deutschen Unterstützung ist allerdings an die Umsetzung der im Rahmen des Kabul-Prozesses beschlossenen Reformen geknüpft. Die Bundesregierung hat daher ihre bilaterale Zusage für die deutsch-afghanische Regierungszusammenarbeit 2011 erstmals in zwei Tranchen aufgeteilt. Von verfügbaren €240 Mio. aus dem Haushalt des BMZ wurden in den entwicklungspolitischen **Regierungsverhandlungen** am 22. Februar 2011 lediglich €133 Mio. (inkl. €3 Mio. Reprogrammierung) zugesagt und eine zweite Tranche in Höhe von €110 Mio. für den Spätsommer/Frühherbst 2011 in Aussicht gestellt. Deren Zusage hängt von den Fortschritten der afghanischen Regierung bei der Umsetzung des Kabul-Prozesses und bei afghanischen Eigenbeiträgen zur deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit (insbesondere administrative Vereinfachungen) ab. Die Bundesregierung führt mit den afghanischen Partnern einen engen Dialog zum Reformprozess.

Im Rahmen des **Stabilitätspakts Afghanistan** stehen im Haushalt des Auswärtigen Amtes rund €180 Mio. für den zivilen Aufbau in Afghanistan zur Verfügung, die in Konsultation mit der afghanischen Regierung und internationalen Partnern eingesetzt werden. Das

¹⁹ World Bank Economic Update Dezember 2010.

BMZ verfügt zudem über weitere Mittel aus der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH, rund €12 Mio. für 2010) und der NRO-Fazilität Afghanistan.

Mit der Intensivierung des entwicklungspolitischen Engagements in Afghanistan ist die **Zahl des zivilen Personals** in den staatlichen EZ-Durchführungsorganisationen (GIZ, KfW Entwicklungsbank, Consultants i.A. der KfW Entwicklungsbank) **deutlich angewachsen**, auf nunmehr 1.898, darunter 323 Entsandte (Stand: Juni 2011). Im März 2010 waren 1.333 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die staatlichen EZ-Durchführungsorganisationen in Afghanistan tätig, darunter 236 Entsandte.²⁰

Nachfolgend beispielhaft einige Ergebnisse der deutschen Unterstützung für zivilen Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan, die allein seit 2009 erzielt wurden:²¹

- Mehr als 30.000 Personen wurden in verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten **fortgebildet**, um ihnen bessere Einkommensmöglichkeiten zu schaffen.
- Rund 43.000 Personen haben **Mikrokredite** erhalten, die mit Unterstützung der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit vergeben wurden, darunter über 6.400 Frauen. Kleine und mittlere Unternehmen erhielten über 480 Kreditzusagen.
- Von über 11 km neu gebauten oder instandgesetzten **Bewässerungskanälen** profitierten über 26.000 Haushalte.
- Über 158 km **Straßen** wurden gebaut oder instandgesetzt.
- Über 100.000 Haushalte in den Provinzen bekamen einen verbesserten **Trinkwasserzugang**. Zusätzlich profitieren durch das laufende Projekt zur Verbesserung der Wasserversorgung in Kabul rund 500.000 Haushalte der afghanischen Hauptstadt.
- 9 Kleinwasserkraftwerke und 2 Umspannstationen wurden gebaut bzw. instandgesetzt, wodurch sich der **Zugang zu Energie** für über 179.000 Haushalte verbessert hat.
- 3 **Krankenhäuser** und über 60 Gesundheitsstationen wurden gebaut bzw. instandgesetzt. Durch die Schaffung von 29 mobilen Gesundheitseinrichtungen konnte die Versorgung auch in abgelegenen ländlichen Gebieten weiter ausgebaut werden.
- 310 **Schulen** wurden gebaut oder instandgesetzt, dadurch erhielten über 460.000 Schülerinnen und Schüler einen besseren Zugang zu Bildung.
- Über 28.000 **Lehrerinnen** und Lehrer an Grund- und weiterführenden Schulen sowie über 250 Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen, knapp 150 Dozenten und über 1.000 Lehrerinnen und Lehrer für Alphabetisierung und Erwachsenenbildung wurden fortgebildet.
- Mehr als 1.700 Teilnehmer haben Fortbildungen für **Richter** absolviert.
- Über 450 Teilnehmer haben Fortbildungen für Mitarbeiter von lokalen **Streitschlichtungsstellen** (so genannten *Hooquqs*) absolviert.
- Über 1.100 **Verwaltungsangestellte** wurden zur Förderung der Gleichberechtigung fortgebildet.
- 17 **Verwaltungsgebäude** (wie Bürgermeisterämter oder Bürogebäude sowie Justizgebäude der Staatsanwaltschaften oder der Streitschlichtungsstellen) wurden neu gebaut, 7 instandgesetzt. Zahlreiche weitere Baumaßnahmen sind in Planung.

²⁰ Daten des Risk-Management Afghanistan (RM-A).

²¹ Daten aus dem ressortübergreifenden Tracking-System Afghanistan.